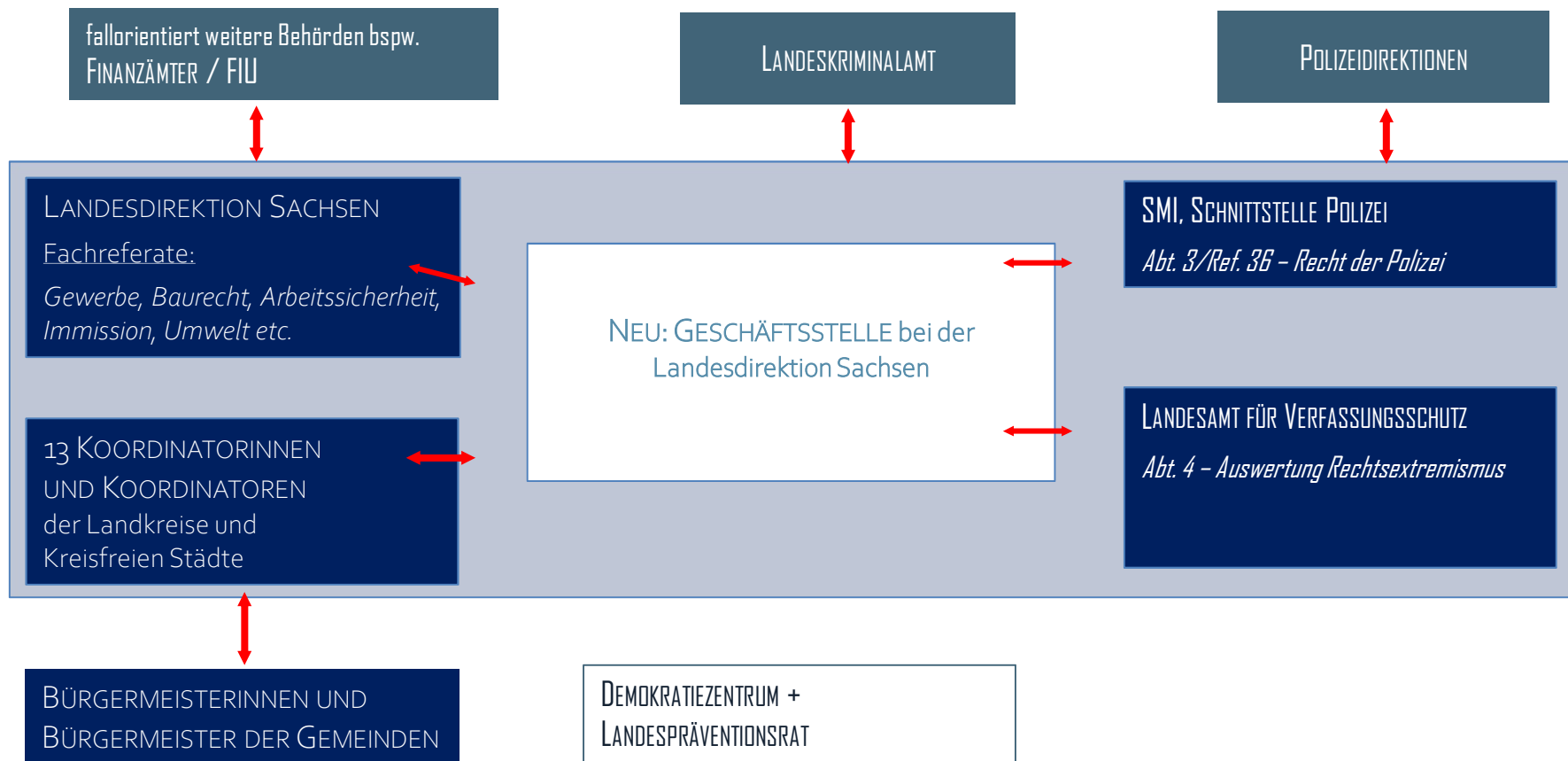
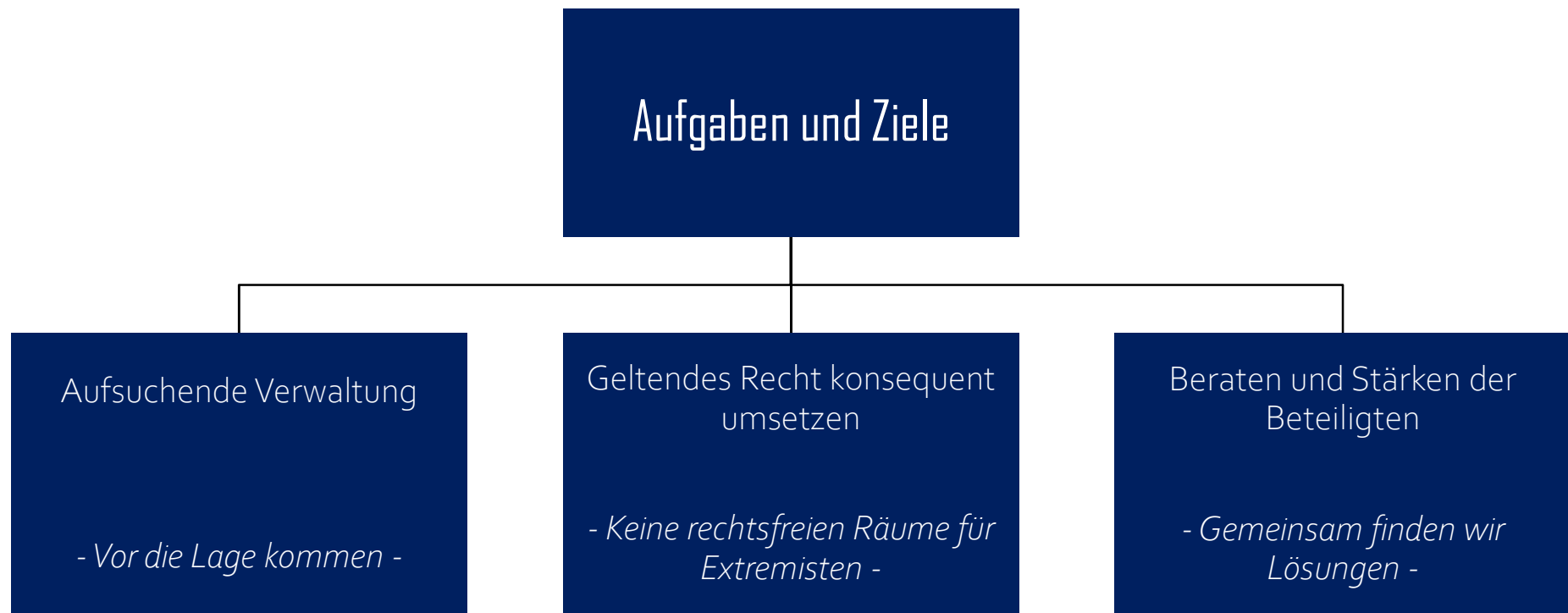


Vorstellung Expertennetzwerk Rechtsextremismus



Aufgaben und Ziele Expertennetzwerk Rechtsextremismus



Anforderungen an Rechtsverordnung nach Sächsisches Ladenöffnungsgesetz

Gesetzliche Grundlage: § 8 SächsLadÖffG

Öffnung von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass nach § 8 Abs. 1	Öffnung von Verkaufsstellen aufgrund regionalem Ereignis nach § 8 Abs. 2
Abgrenzung Abs. 1 und Abs. 2: wirkt sich ein Ereignis nur auf bestimmten Gemeindeteil aus und werden im Wesentlichen nur Bewohner dieses Teils durch das Ereignis angezogen, ist von einem regionalem Ereignis nach Abs. 2 auszugehen – wirkt sich Anziehungskraft über den Bereich hinaus ist, liegt besonderes Ereignis nach Abs. 1 vor	
Max. 4 verkaufsoffenen Sonntage aus besonderem Anlass	Max. 8 verkaufsoffene Sonntage aufgrund besonderer regionaler Ereignisse
<ul style="list-style-type: none"> - Vorliegen besonderer Anlass → muss besondere Bedeutung für jeweilige Gemeinde haben und geeignet sein Auswirkungen auf gesamtes Gemeindegebiet oder wesentliche Teile davon entfalten - Anlassgebendes Ereignis muss prägend Wirkung entfalten (nicht lediglich die Öffnung der Verkaufsstätte) ggü. Geschäftstätigkeit, d.h. Ladenöffnung an sich hat nur geringe prägende Wirkung (=Annex) - Bsp.: Stadt-, Volksfeste, jahreszeitliche Feste, Weihnachtsmärkte, Jubiläen, etc. 	<ul style="list-style-type: none"> - Regionales Ereignis muss hohen örtlichen Bezug aufweisen - Nur Öffnung derjenigen Verkaufsstellen, welche von regionalem Ereignis direkt oder indirekt betroffen sind bzw. räumliche Nähe aufweisen

Anforderungen an Rechtsverordnung nach Sächsisches Ladenöffnungsgesetz

Öffnung von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass § 8 Abs. 1	Öffnung von Verkaufsstellen aufgrund regionalem Ereignis § 8 Abs. 2
Öffnungsmöglichkeit kann sich auf gesamte Gemeindegebiet und alle Verkaufsstellen oder auf bestimmte Ortsteile oder Handelszweige nach Satz 4 beschränken→ bei gesamten Gemeindegebiet müssen aber rechtfertigende Gründe von besonderem Gewicht vorliegen	detaillierte Bezeichnung des betroffenen Gebietes
<p>BVerwG hohe Anforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Enges räumlichen Verhältnis zwischen Ladenöffnung und anlassgebender Veranstaltung → Veranstaltung muss Hauptanlass für Besucher sein und im Vordergrund stehen, so dass Ladenöffnung nur gering prägende Wirkung hat; <u>nicht</u>: wirtschaftliche Interessen - Erstellung Prognose: Besucherströme, die durch den konkreten Anlass ausgelöst werden, muss die Anzahl der Besucher übersteigen, welche lediglich aus Anlass der Ladenöffnung kämen → nur dann liegt besonderer Anlass vor und Ladenöffnung ist zulässig <p>Prognosen können sich stützen auf (entsprechender Nachweis ist beizufügen):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Besucherfrequenzmessung (Erhebung der Passantenströme während der Öffnungszeiten der Geschäfte) - Kundenherkunftserhebungen (Erfahrungswerte der Ladeninhaber zu den an Werktagen üblichen Besucherströmen vs. Besonderes Ereignis) - Motivbefragungen (Kommen Besucher aufgrund der Veranstaltung, also anlassbezogen oder wegen Geschäftsöffnung?) - Angaben aus Vorjahren <p>Für den Vergleich der Besucherzahlen ist Dauer der geplanten Ladenöffnung heranzuziehen (nicht gesamte Tag)</p>	

Anforderungen an Rechtsverordnung nach Sächsisches Ladenöffnungsgesetz

Öffnung von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass § 8 Abs. 1

Öffnung von Verkaufsstellen aufgrund regionalem Ereignis § 8 Abs. 2

- Wird keine Prognose erstellt bzw. abgegeben, ist die Rechtsverordnung aufgrund des Verstoßes gegen § 8 I SächsLadÖffG rechtswidrig
- SächsLadÖffG regelt keine Fachaufsicht → Gemeinde führen die Aufgaben als weisungsfreie Pflichtaufgabe aus
- Hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen des SächsLadÖffG obliegt dem Landkreis die Rechtsaufsicht (§§ 111 Abs. 1, 112 SächsGemO) → hier wird auch VO auf Rechtmäßigkeit überprüft, d.h. Einhaltung der Vorgaben der Rechtsprechung und des Handlungsleitfadens des SMWA vom Dezember 2017

Umgang mit fehlender Jahresabschlüsse und Auswirkung auf die Haushalte

[Rundschreiben Kommunalaufsicht vom 04.08.2023:](#)

- Nach Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG)) müssen bis 31.12.2026 alle Jahresabschlüsse bis 2025 festgestellt sein
- Wird künftig ein Beschluss der Verwaltungsvereinbarungen zur Auf- und Feststellung der JA's durch Stadt- bzw. Gemeinderäte benötigt → keine Bestätigung der Verwaltungsvereinbarung, wenn Auf- und Feststellung der JA's nach 2026
- Für Bestätigung künftiger Haushalte gilt: Haushaltsplan muss Nachweis beigefügt werden, dass Mittel in der erforderlichen Höhe zur Verfügung stehen → Darstellung der Entwicklung der Höhe der Rücklagen und des Basiskapitals ab dem Zeitpunkt des letzten festgestellten JA's unter Einbeziehung der vorläufigen Ergebnisse
→ ansonsten: keine Bestätigung der Haushalte
- Hinweis für Doppelhaushalte: Feststellung der Haushaltsjahre in 2 Beschlüssen für die einzelnen Jahre

[Übersicht JA der Kommunen](#)

Rundschreiben Neutralitätspflicht im Wahlkampf

Rundschreiben mit Hinweisen zur Neutralitätspflicht im Wahlkampf erreicht Sie demnächst.